

Breite KMU-Befragung in der Ostschweiz

Unternehmerische Freiheit – Lebenselixier für KMU

Die KMU stehen vor grossen Herausforderungen. Konjunkturelle Unwägbarkeiten, die Chancen und Risiken der Globalisierung sind die eine Seite, eine als zu stark empfundene Einschränkung der unternehmerischen Freiheit durch den Staat die andere. Weniger staatliche Reglementierung und die Beseitigung steuerlicher Hindernisse sind zentrale Anliegen der KMU.

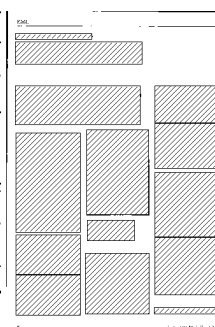
Der gegenwärtige Wirtschaftsaufschwung ist eher zaghaft. «Was offensichtlich fehlt, ist ein breit abgestütztes Gefühl des Vertrauens, das frohgemut investieren und konsumieren liesse.» Dies waren die nachdenklichen Worte von *Dr. Konrad Hummler*, Präsident der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK), in seiner Eröffnungsrede an der von über 900 Personen besuchten IHK-Herbsttagung zum Thema «Zukunft Ostschweiz: Wie dauerhaft ist der Aufschwung – wo drückt die KMU der Schuh?» Fragen ums Überleben von KMU wurden an diesem Anlass in den Vordergrund gestellt. Im Zentrum stand eine gross angelegte Umfrage bei KMU in den Kantonen St. Gallen sowie den beiden Appenzell.

Volkswirtschaftliches Umfeld als Herausforderung

Strukturelle Ursachen sind nach Meinung K. Hummlers für das mangelnde Vertrauen massgebend. So wird die Konkurrenz durch die kostengünstigen und sich qualitativ verbessernden Schwel-

lenländer immer härter. Sie haben mittlerweile eine Stellung erreicht, «die sie nicht mehr nur als Konkurrenten an unsere Seite stellt, sondern uns vielmehr nun noch die Wahl lässt, sie als Partner für und in unseren Unternehmungen ernst zu nehmen», stellte der IHK-Präsident fest. «Kaum eine Unternehmung in unserer Handelskammer, die sich nicht mitten in dieser firmeninternen Globalisierung befände.» In dieser Situation gilt es, alles daranzusetzen, «dass Neues entstehen kann und nicht im bürokratischen Dschungel immer wieder erstickt wird».

Angeichts dieser besonderen strukturellen Gegebenheiten entwickelt sich die Konjunktur nach den Worten Konrad Hummlers «etwas holpriger und stotternder» als auch schon. Der Aufschwung geht weiter, aber mit mittelfristig tendenziell abnehmenden Wachstumsraten, wie *Prof. Dr. Bernd Schips*, Leiter der Konjunkturforschungsstelle KOF/ETH Zürich, darlegte. Die Arbeitslosenquote steigt wieder leicht an; von den öffentlichen Haushalten gehen eher





Dr. Ernst Raths

Der Autor ist ständiger freier redaktioneller Mitarbeiter des «Schweizer Arbeitgeber».

negative Impulse auf die Konjunktur aus; der private Konsum vermag die Konjunkturerholung nicht zu verstärken; bei den Ausrüstungsinvestitionen gehen die Zuwachsraten mittelfristig zurück; die Bauinvestitionen legen insgesamt nur schwach zu; die Exporte verzeichnen ein stetiges, aber abnehmendes Wachstum.^(*)

Öffentliche Investitionen schonen

Im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung sind einige bedeutende Wirkungszusammenhänge zu beachten. Die trotz dem prognostizierten Wachstum 2005 von 1,8 % leicht zunehmende Arbeitslosenquote ist damit zu erklären, dass auch die Produktivität etwa im gleichen Mass steigt und sich die Zahl der Erwerbepersonen, das heisst das Arbeitsangebot, um rund 0,5 % erhöhen dürfte.

Die Sparmassnahmen bei der öffentlichen Hand führen 2005 und 2006 zu einem *negativen Fiskalimpuls*. Diesen hält Professor B. Schips zurzeit nicht für opportun, weil das Wirtschaftswachstum nicht grösser ist als die Zunahme des Produktionspotentials. Das Aufschieben von Investitionen und Unterhaltsleistungen und das Abschieben von Lasten auf die Kantone ist für den ETH-Professor keine Lösung, um das strukturelle

^(*) Vgl. zur Konjunktur «Schweizer Arbeitgeber» Nr. 22 vom 11. November 2004.

Defizit im Bundeshaushalt abzubauen. Vielmehr müsste verstärkt bei den Hauptursachen angesetzt werden, z. B. bei den stark steigenden Ausgaben für die soziale Wohlfahrt und das Gesundheitswesen. Doch hier ist mit grossem politischem Widerstand zu rechnen, weil die Ausgaben in diesen Bereichen gesetzlich gebunden sind. Prof. Dr. Franz Jäger, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität St. Gallen und Leiter Institut für Empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik, wies auf den gesunkenen Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben des Bundes sowie auf die hohen Aufwendungen für Schuldzinsen hin.

Wo die KMU der Schuh drückt

Gut 1000 KMU aus dem Kanton St. Gallen und den beiden Appenzell nahmen an einer KMU-Befragung teil. Versandt wurden 4766 Fragebogen, was einer Rücklaufquote von 21,5 % entspricht. Durchgeführt wurde die Befragung von der IHK St. Gallen-Appenzell, vom Institut für Qualitätsmanagement und angewandte Betriebswirtschaft der Fachhochschule St. Gallen und vom Schweizerischen Institut für Klein- und Mittelun-

ternehmen der Universität St. Gallen.

Die Resultate der Umfrage zeigen nach Auffassung von *Dr. Felix Walker*, Nationalrat des Kantons St. Gallen, eine besorgniserregende Stimmung bei den KMU. Neben unbefriedigenden Rahmenbedingungen hängt diese möglicherweise auch mit dem immer härteren Wettbewerb und mit der etwas eingetrübten Konjunktur zusammen.

Von den antwortenden Unternehmen fühlen sich 58% vom Staat in ihrer unternehmerischen Freiheit behindert. Fast ebenso viele sind der Meinung, dass die Anliegen der KMU von Kantonen und Gemeinden nicht ernst genommen werden. Diese Einschätzung nimmt mit abnehmender Unternehmensgrösse zu. Sie ist vor allem in den Branchen Gastgewerbe, Handel/Reparaturen und Baugewerbe verbreitet. Aber auch in weiteren Bereichen wie Informatik, Holzverarbeitung, Maschinenbau, Metallindustrie, Nahrungsmittelindustrie sowie Druck/Verlag/Papier überwiegen die Skeptiker. Von den Behörden mehrheitlich ernstgenommen fühlt man sich in den Branchen Kunststoffindustrie, Elektronik, Textilien/Bekleidung, Banken/Versicherungen, Gesundheits- und Sozialwesen, Chemische Industrie sowie Verkehr/Nachrichten.

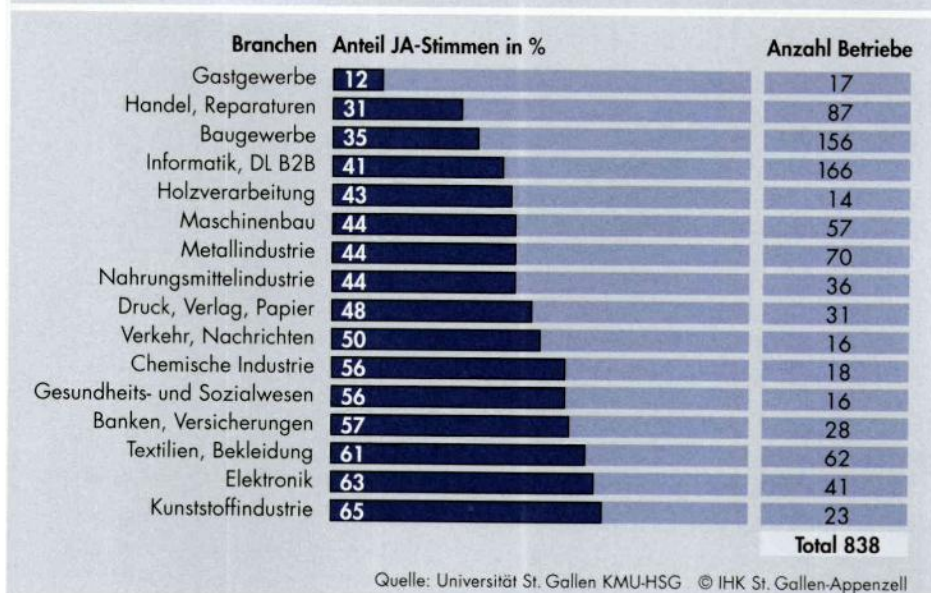
Entbürokratisierung setzt Kräfte frei

Handlungsbedarf sehen die Ostschweizer KMU vor allem darin, dass Gebote und Verbote abgebaut, administrative Verfahren vereinfacht und Steuern gesenkt werden. Sie erwarten mit anderen Worten möglichst viel unternehmerische Freiheit. Bei der Entbürokratisie-

rung geht es den Unternehmen etwa darum, das *Verbandsbeschwerderecht* abzuschaffen oder zu reformieren, *Baubewilligungsverfahren* zu beschleunigen, ferner neue Erlasse auf KMU-Verträglichkeit zu prüfen. *Dr. Josef Keller*, Regierungspräsident und Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes des Kantons St. Gallen, betonte, dass die Komplexität der Baubewilligungsverfahren reduziert werden muss. Sparmassnahmen beim Staatspersonal können hingegen wieder eine gewisse Verlängerung zur Folge haben.

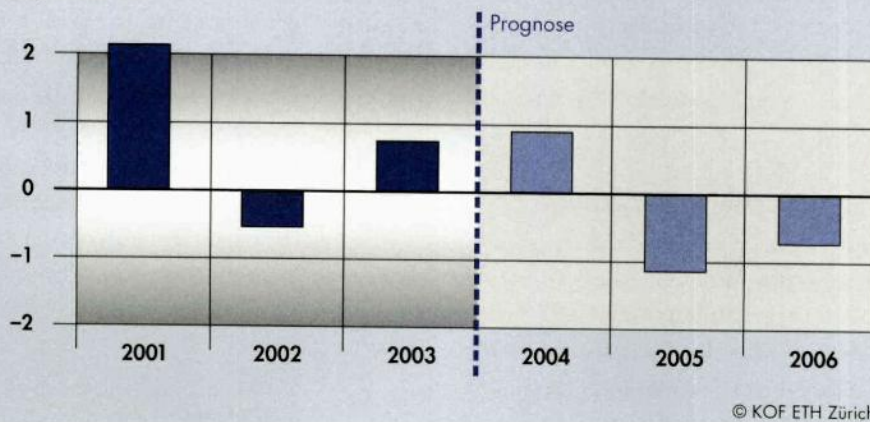
IHK-Präsident K. Hummler beklagte eine «Vielzahl von kleineren, marginal erscheinenden Hindernissen und Gewichtchen, die als Summe dann eben halt doch sehr lähmend wirken». Als Beispiel nannte er den *Neuen Lohnausweis*. «Dieser hätte uns noch nicht umgebracht, aber in Kombination mit allen anderen tausend Dingen, die man auch noch falsch ausfüllen oder vergessen oder nicht beachten könnte, erweist sich die Summe als zu gross». Für Konrad Hummler bedeutet KMU-Politik «rigorose Vereinfachung, damit die Kräfte auf unternehmerische Leistung und nicht auf die Erfüllung reglementarischer Anforderungen konzentriert werden könnten». Dies ist umso wichtiger, als die Unternehmen einem zunehmenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind, wie *Andreas Frank*, Präsident Arbeitgeber-Verband des Rheintals und CEO der Greiner Packaging AG, hervorhob. Das *relativ liberale Arbeitsgesetz* der Schweiz betrachtet er als *Trumpf*, der nicht verspielt werden darf.

Grafik 1
Werden die Anliegen der KMU von Kantonen und Gemeinden ernstgenommen?



Grafik 2
Fiskalimpuls

Veränderungen des konjunkturbereinigten Haushaltsaldos in % des nominellen BIP, invertiert



Bremsklötze im Steuersystem

Bei den Steuern möchten die Unternehmen in erster Linie die Doppelbesteuerung von Gewinnen und Dividenden abschaffen und die Kapitalsteuer auch auf Kantonsebene aufheben. In steuerlicher Hinsicht läuft auf politischer Ebene zurzeit viel. Nationalrat Felix Walker nannte Bestrebungen, die hohe Komplexität der Mehrwertsteuer zu vereinfachen, ferner die Unternehmenssteuerreform II, in deren Zentrum die Milderung der Doppelbesteuerung von Gewinnen und Dividenden steht. Dass hier vorwärts gemacht wird, ist wichtig, weil, so betonte Regierungspräsident J. Keller, das Unternehmenssteuerrecht einen bedeutenden Standortfaktor darstellt. Bei allen steuerlichen Entlastungen dürfen nach Josef Kellers Überzeugung jedoch zentrale Aufgaben des Staates wie etwa Infrastruktur, Bildung oder Kultur nicht ausser Acht gelassen werden.

Generell steht die Verbesserung der Rahmenbedingungen im Vordergrund. Die meisten Unternehmen erwarten keine öffentlichen Fördermittel. Etliche KMU möchten hingegen, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht kostendeckende Angebote ausgeschlossen werden. Darin kommt laut Dr. Hubertus Schmid, Vizepräsident und Delegierter der IHK St. Gallen-Appenzell, Angst vor fremder Konkurrenz zum Ausdruck. Jedes Unternehmen, so CEO A. Frank, sollte sich dem Wettbewerb stellen. Der Export ist gemäss den Erfahrungen des Managers ein Trainingslager für Unternehmen. In die gleiche Kerbe schlug Wirtschaftsprofessor Franz Jäger: Treiber des Wohlstands sind Wettbewerb, Freiheit, Innovation und Leistung. Unterneh-

men die Innovationen – auch kleine – wirklich umsetzen, sind erfolgreich. Die KMU bezeichnete F. Jäger als Wirtschaftsmotoren und Stabilisatoren der Konjunktur. Man muss ihnen entgegenkommen.

Ernst Rath

Familie und Beruf besser vereinbaren

Mit dem St. Galler Innovationspreis für Familienförderung im Unternehmen «Pfiff» werden Unternehmen ausgezeichnet, die sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders Verdient gemacht haben. Preisträger ist dieses Jahr die Firma Bischof Textil in St. Gallen. Offenheit der Geschäftsleitung gegenüber den Bedürfnissen der Mitarbeitenden wird in diesem Unternehmen gross geschrieben. So kennt es zum Beispiel eine Ideenrunde mit Müttern. Realisiert wurden unter anderem Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle wie Job-Sharing-Stellen und Tele-Arbeitsplätze.

(E. R.)